



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005 ([2005-257](#)):
«Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien»

Datum: 29. Juni 2010

Nummer: 2010-265

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2010/265

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005 ([2005-257](#)): «Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien»

vom 29. Juni 2010

1. Ausgangslage

Am 22. September 2005 reichte die SVP-Fraktion ein Postulat betreffend steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien ein. Das Postulat wurde am [11. Mai 2006 vom Landrat überwiesen](#) und lautet wie folgt:

«Die Entwicklung der Preise für fossile Brennstoffe widerspiegelt einerseits den steigenden Konsum in Asien und Amerika. Andererseits hat die Exploration von neuen Fundstätten mit der Nachfrage in den letzten 15 Jahren nicht Schritt gehalten, sodass künftige Verknappungen in der weltweiten Versorgung zu befürchten sind. Zusätzlich kommt die geopolitische Sicherheitslage als belastender Faktor hinzu. Die kriegerischen Zustände im Nahen Osten - geografischer Hauptlieferant von Erdöl - lassen Verunsicherung aufkommen. Angesichts der labilen Lage der weltweiten Energieversorgung sind vorsorgliche Massnahmen angebracht. Die Nutzung von erneuerbarer Energie und die Entwicklung von neuen Energietechnologien - z.B. Brennstoffzellen - zwecks teilweiser Substitution der fossilen Brennstoffe wird zu einem Thema, welches auf die Industriestaaten zukommt. Die absehbare Energieverknappung beschleunigt diese Entwicklung. Es ist nicht ausgeschlossen, dass entsprechende Gegenmassnahmen unter Zeitdruck getroffen werden müssen.

Bisher war die Substitution von fossilen Brennstoffen durch erneuerbare oder alternative Energieträger aus ökonomischen Gründen nicht lohnend. Auch finanzielle Beiträge der öffentlichen Hand griffen für eine Substitutionsbewegung auf breiter Basis nicht. Mit anhaltend hohen Erdölpreisen könnte sich dies rasch ändern. Grundsätzlich gibt es zwei Massnahmen, um die künftige Energieversorgung besser zu gewährleisten: Erstens die Senkung des Energiebedarfs und zweitens vermehrtes Umsteigen bei der Energieerzeugung auf alternative und auf erneuerbare Energien. Neben der wirtschaftlich bedingten Ausgangslage kann der Prozess für die Einleitung entsprechender Investitionen auch durch steuerliche Entgelt- und Anreizsysteme beschleunigt werden. Für die Anwendung auf kantonaler Ebene kommen die Bereiche Wärme- und Energieerzeugung, Motorfahrzeugverkehr und Wärmedämmung (Isolation) in Betracht. Grundidee ist die steuerliche Honorierung zwecks Reduktion des Bedarfs an fossilen Brennstoffen bei Neubauten, bei bewilligungspflichtigen Sanierungen von Altbauten, bei freiwilligen Wärmedämmungs- und Energiesubstitutionen von Altbauten und bei der Anschaffung von Motorfahrzeugen mit geringem Treibstoffverbrauch.

Der Regierungsrat wird ersucht aufzuzeigen, wie ein steuerliches Anreizsystem geschaffen werden kann, welches Investitionen in

- die Nutzung erneuerbarer oder alternativer Energieträger bei der Energieerzeugung für Neubauten,
 - die Wärmedämmung bei Neubauten und bei bewilligungspflichtigen Renovationen von Altbauten,
 - die freiwillige Wärmedämmung von Altbauten,
 - die freiwillige nachträgliche Nutzung erneuerbarer oder alternativer Energien bei Altbauten und
 - die Nutzung von energiesparenden Motorfahrzeugen
- steuerlich stark begünstigt.»

2. Bericht des Regierungsrates

2.1 Steuerliche Abzugsfähigkeit bei den periodischen Steuern

Gemäss der Baselbieter Steuerordnung können bei Liegenschaften des *Privatvermögens* Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden, und zwar selbst dann, wenn diese Massnahmen eine Wertsteigerung zur Folge resp. einen werterhöhenden Charakter haben. Solche Investitionen werden gemäss § 29 Abs. 2^{bis} des Gesetzes über die Staats- und Gemein-

desteuern vom 7. Februar 1974 (StG; SGS 331) den abzugsfähigen Unterhaltskosten nach Absatz 2 desselben Paragraphen gleichgestellt, soweit sie auch bei der direkten Bundessteuer als abzugsfähig erklärt werden. Diese kantonale Regelung stützt sich auf Art. 9 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG; SR 642.14), der den Kantonen die Kompetenz gibt, Abzüge für Umweltschutz, Energiesparen und Denkmalpflege vorzusehen. Zudem ist dort in Bst. a festgehalten, dass bei Energiespar- und Umweltschutzinvestitionen das eidg. Finanzdepartement in Zusammenarbeit mit den Kantonen bestimmt, wie weit diese den Unterhaltskosten gleichgestellt werden können. Somit ist der bundesgesetzliche Rahmen massgebend, inwieweit Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Der Handlungsspielraum der Kantone beschränkt sich darauf zu bestimmen, ob sie solche Investitionen überhaupt zum Abzug zulassen wollen.

Der Abzug für Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen ist bei der direkten Bundessteuer im Detail wie folgt geregelt: Art. 5 der Verordnung über den Abzug der Kosten von Liegenschaften des Privatvermögens bei der direkten Bundessteuer vom 24. August 1992 (Liegenschaftsverordnung; SR 642.116) definiert, dass als Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, alle Massnahmen gelten, welche zur rationellen Energieverwendung oder zur Nutzung erneuerbarer Energien beitragen. Diese Massnahmen müssen sich aber auf den Ersatz von veralteten oder die erstmalige Anbringung von neuen Bauteilen oder Installationen in *bestehenden* Gebäuden beziehen. Nicht zum Abzug zugelassen werden hingegen alle Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen bei Neubauten, d.h. Massnahmen, die bei der erstmaligen Erstellung eines Gebäudes vorgenommen werden.

Gemäss Art. 7 der Liegenschaftsverordnung legt das eidg. Finanzdepartement im Einvernehmen mit dem eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement die einzelnen förderungswürdigen Massnahmen fest. In der dazu erlassenen Verordnung über die Massnahmen zur rationellen Energieverwendung und zur Nutzung erneuerbarer Energien vom 24. August 1992 (Energieabzugsverordnung; SR 642.116.1) wird im Detail ausgeführt, welche Massnahmen als solche zur rationellen Energieverwendung und zur Nutzung erneuerbarer Energien gelten. Dazu gehören insbesondere:

- Massnahmen zur Verminderung der Energieverluste der Gebäudehülle (z.B. Wärmedämmung, Ersatz von Fenstern, Anbringen von Fugendichtungen etc.) sowie
- Massnahmen zur rationellen Energienutzung bei haustechnischen Anlagen (z.B. Ersatz von Wärmeerzeugern und Wassererwärmern, Anschluss an eine Fernwärmeversorgung, Einbau von Wärmepumpen, Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen und Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, Einbau und Ersatz von Installationen, die in erster Linie der rationellen Energienutzung dienen, Kaminsanierungen etc.).

Als abzugsfähig gelten aber auch Kosten für energietechnische Analysen und Energiekonzepte sowie Kosten für den Ersatz von Haushaltsgeräten mit grossem Stromverbrauch.

Im Februar 2010 hat der Bundesrat den Entwurf zur Totalrevision der Energieabzugsverordnung in die Anhörung bei den Kantonen und anderen interessierten Kreisen gegeben. Auslöser für diese Revision war die vom eidg. Parlament in der Sommersession 2009 überwiesene Motion «Mehr Effektivität und Effizienz bei den Steuerabzügen für energetische Gebäudesanierungen» (09.3014). Die neue Energieabzugsverordnung hat zum Ziel, durch eine gezieltere Ausrichtung an Energiestandards die Mitnahmeeffekte zu senken und somit Effektivität und Effizienz der Steuerabzüge für energetische Investitionen in bestehende Liegenschaften des Privatvermögens zu erhöhen. Am steuersystematischen Grundsatz der Abzugsfähigkeit nur von werterhaltenden Unterhaltskosten mit Ausnahme der Investitionen in Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen an bestehenden Gebäuden soll dabei festgehalten werden. Künftig soll aber für energetische und umweltschutzfördernde Investitionen eine höhere Qualifizierung erforderlich sein, die im gestrafften Massnahmenkatalog der totalrevidierten Verordnung anhand von klar definierten Anforderungskriterien konkretisiert wird. Das am 1. April 2010 abgeschlossene Anhörungsverfahren führte allerdings zu einer mehrheitlich negativen Beurteilung der neuen Energieabzugsverordnung. Als Hauptargumente wurden vorgebracht, dass sie zu höherem Aufwand bei den Veranlagungsbehörden führe, eine mangelnde Vollzugstauglichkeit aufweise, ein ungünstiges Kosten-/Nutzenverhältnis und eine bescheidene Wirksamkeit habe. Das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit war im Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichts noch nicht bekannt.

Bei der direkten Bundessteuer fand sich in Art. 8 der Liegenschaftsverordnung bis Ende des vergangenen Jahres explizit noch folgende Bestimmung: «Die Abzugsquote für Massnahmen zur rationellen Energieverwendung und zur Nutzung erneuerbarer Energien beträgt in den ersten fünf Jahren nach Anschaffung der Liegenschaft 50 Prozent, nachher 100 Prozent». In der früheren Baselbieter Praxis wurde diese Regelung konsequent angewandt und in den ersten fünf Jahren seit Erwerb daher nur der halbe Abzug gewährt. Im Zusammenhang mit der Abschaffung der sog. «Dumont-Praxis» per 1. Januar 2010 auf Bundesebene ist aber diese Einschränkung weggefallen und Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen können neu auch bei einer energetischen Sanierung einer gekauften Liegenschaft von Beginn weg vollumfänglich von den Steuern abgezogen werden. Da der Kanton Basel-Landschaft die «Dumont-Praxis» bei der Staatssteuer nie angewendet hat, wurde im Hinblick auf die angekündigte schweizweite Abschaffung derselben bereits im Jahr 2008 entschieden, dass die Abzugsquote für Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen ab dem Steuerjahr 2007 generell 100 Prozent beträgt. Im Sinne des förderungswürdigen Anreizes zum Energiesparen und zum

Umweltschutz hatte diese Praxisänderung gleichzeitig Geltung sowohl für die Staats- als auch für die direkte Bundessteuer (Kurzmitteilung Nr. 431 vom 16. April 2008, www.baselland.ch/431-htm.274318.0.html).

Der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, dass bei Gebäuden im *Geschäftsvermögen* alle hier in Frage stehenden Investitionen direkt oder indirekt als Aufwand dem Geschäftsergebnis belastet und somit steuerwirksam berücksichtigt werden können. Eine indirekte Belastung der Jahresrechnung ergibt sich dann, wenn die Investition gemäss Buchführungsvorschriften aktiviert und über die Jahre abgeschrieben werden muss.

2.2 Förderung von energiesparenden Motorfahrzeugen

Für die Nutzung energiesparender Motorfahrzeuge besteht seit 2003 ein steuerliches Anreizsystem im Kanton Basel-Landschaft und im November 2008 hat der Landrat eine angepasste Verlängerung desselben beschlossen. Bei der Verkehrssteuer werden energiesparende Motorfahrzeuge, welche nachfolgende Kriterien kumulativ erfüllen, für die Jahre 2009 bis und mit 2011 zu 50 Prozent von der Verkehrssteuer befreit (Dekret zum Gesetz über die Verkehrsabgaben vom 27. November 2008 [SGS 341.1]). Dies gilt für:

- alle Elektrofahrzeuge;
- Personenwagen mit Hybrid- oder Gasantrieb mit Energieeffizienz A der Energieetikette, die mindestens die EURO-Norm 4 erfüllen;
- Lieferwagen und Lastwagen mit Hybrid- oder Gasantrieb, die mindestens EURO-Norm 4 erfüllen.

Das aktuell geltende Dekret ist eine Übergangslösung und der Regierungsrat ist zurzeit daran, die Motorfahrzeugsteuer unter ökologischen Aspekten zu überarbeiten.

2.3 Fazit

Im Kanton Basel-Landschaft können Investitionen in Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen zu einem grossen Teil steuerlich zum Abzug gebracht werden. Dies gilt insbesondere für die energetische Sanierung von Altbauten resp. bestehenden Gebäuden. Einzig im Bereich der Neubauten besteht eine Lücke, da bei Neubauten solche Massnahmen als reine Gestehungskosten gelten und gemäss der von Bundes wegen vorgegebenen steuerlichen Ordnung nicht abgezogen werden können.

Abschliessend darf darauf hingewiesen werden, dass der Baselbieter Regierungsrat die Grenzen für die Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, stets ausgelotet und die energetischen Massnahmen jeweils im

Rahmen des Möglichen steuerlich gefördert hat. Für ein weitergehendes steuerliches Anreizsystem müsste die Rahmengesetzgebung auf Bundesebene geändert werden.

Für die Nutzung energiesparender Motorfahrzeuge besteht durch die Reduktion der Verkehrssteuer bei bestimmten Fahrzeugkategorien ebenfalls ein steuerliches Anreizsystem.

3. Antrag

Aufgrund des vorstehenden Berichts beantragt der Regierungsrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Liestal, 29. Juni 2010

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES
der Präsident:
Wüthrich

der Landschreiber:
Mundschin